

**Kommunaler Versorgungsverband
Baden-Württemberg**
- Beamtenversorgungsabteilung -
Postfach 10 01 61
76231 Karlsruhe

B

Angaben zum Mitglied

Mitgliedsnummer

Name des Mitglieds (Dienstherr/Arbeitgeber)

Ansprechpartner beim Mitglied

Telefonnummer

Hinweise:

Um den Lesefluss zu erleichtern, verzichten wir auf Mehrfachnennungen; die verwendeten Bezeichnungen gelten für alle Geschlechter. Ebenso gelten alle ehebezogenen Begriffe auch für eingetragene Lebenspartnerschaften.

Nähere Informationen zu Ihren Rechten im Rahmen der Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung erhalten Sie im Internet unter www.kvbw.de/Informationspflichten.

1. Angaben zur Person

Name, Vorname

Geburtsdatum

Personalnummer beim KVBW

Amts-/Dienstbezeichnung

Straße, Hausnummer/Postfach

Postleitzahl

Wohnort

Telefon dienstlich*

Telefon privat*

Rechtsstand (z. B. Beamter auf Lebenszeit, auf Probe, auf Zeit)

• Bei Ehrenbeamten, Auszubildenden in einem öffentlichrechtlichen
Ausbildungsverhältnis (Dienstanfänger), Beamten auf Widerruf,
dienstordnungsmäßigen Angestellten im Vorbereitungs- oder
Anwärterdienst:

Ernennungsurkunde mit Aushändigungs nachweis bzw. Ver-
fügung über die Einberufung in das Ausbildungsverhältnis
bzw. Dienstvertrag beifügen.

• Bei ehrenamtlich Tätigen, die dieselben Rechte wie Ehrenbeamte
haben:

Nachweise über Art und Beginn der Tätigkeit sowie zum
Unfallversicherungsschutz beifügen.

2. Angaben zum Unfall

a) Unfallzeitpunkt

Datum

Wochentag

Uhrzeit

b) Unfallstelle (z. B. Ort, Straße)

c) Art der Verletzung (z. B. Knochenbruch), verletzte Körperteile (z. B. rechter Unterarm)

d) Detaillierte Schilderung des Unfallhergangs (bei Wegeunfällen bitte Fragen in Ziff. 4 zusätzlich beantworten):

e) Hat der Verletzte

• anlagebedingte Leiden?

ja nein

• Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch?

ja nein

• Anspruch auf Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (z. B. Wehrdienstverletzung)?

ja nein

• Körperschäden als Folge eines früheren Schadensfalls?

ja nein

(ggf. bitte näher erläutern)

f) Wurden vor dem Unfall Medikamente, Alkohol oder andere berauschende Mittel (z. B. Drogen) eingenommen?

(ggf. bitte näher erläutern)

ja nein

g) Ist unmittelbar vor dem Unfall eine Bewusstseinsstörung (z. B. Ohnmacht, Übermüdung) oder ein sonstiges Unwohlsein eingetreten?

ja nein

3. Sonstige Angaben:

a) Ist der Verletzte krankenversichert?

ja nein

Wenn ja: wo?

b) Kommt ein Schadenersatzanspruch in Betracht? (ggf. Name, Anschrift des Schädigers und seiner Versicherung mit Vers./Schaden-Nr. angeben)

ja nein

c) Hat eine Polizeidienststelle den Unfall aufgenommen (ggf. welche, und falls bekannt: Tagebuch-Nr.)?

ja nein

d) Ist ein Ermittlungs- oder Strafverfahren oder ein Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz anhängig (ggf. wo, gegen wen und mit welchem Aktenzeichen)?

ja nein

e) Ist nach dem Unfall eine Versetzung zu einem anderen Dienstherrn erfolgt (ggf. Versetzungsverfügung beifügen)?

ja nein

f) Bei Feuerwehrbeamten

Wird vom Dienstherrn Heilfürsorge nach der Heilfürsorgeverordnung gewährt (ggf. inwieweit)?

ja nein

4. Zusatzangaben bei Wegeunfällen

a) Abgangsort und -zeit

b) Zielort und Ankunftszeit

c) Wie wurde der Weg zurückgelegt (z. B. zu Fuß, mit privateigenem Kfz, mit öffentlichen Verkehrsmittel usw.)?

d) Welcher Weg wird gewöhnlich benutzt (bitte den genauen Streckenverlauf angeben)?

e) Liegt die Unfallstelle auf dem zwischen Abgangs- und Zielort regelmäßig benutzten Weg?

ja nein

Falls nein:

Warum wurde ein Umweg gemacht?

f) Wurde der Weg zwischen Abgangs- und Zielort unterbrochen?

ja nein

Falls ja:

Weshalb (z. B. zum Besuch einer Gaststätte, eines Geschäfts, aus sonstigem privaten Anlass)?

g) Angaben zum zeitlichen Umfang des Umwegs nach Buchst. e) bzw. der Unterbrechung nach Buchst. f)

h) Sonstige Angaben, die zur Beurteilung des Sachverhalts von wesentlicher Bedeutung sind (z. B. Fahrgemeinschaft):

bitte wenden

5. Erklärungen und Hinweise

a) Erklärung bei Verletzten, die nicht Beamte sind:

Ich trete gesetzliche Schadenersatzansprüche, die mir infolge der Körperverletzung gegen den Schädiger zustehen, insoweit an den KVBW ab, als dieser während einer auf Körperverletzung beruhenden Aufhebung der Dienstfähigkeit oder infolge der Körperverletzung zur Gewährung von Leistungen verpflichtet ist. Die Abtretung erstreckt sich auch auf gesetzliche Schadenersatzansprüche wegen der Beschädigung, Zerstörung oder Wegnahme von Heil-, Hilfsmitteln oder Körperersatzstücken sowie auf Erstattungsansprüche, im übrigen auch auf noch nicht anerkannte oder gerichtlich festgestellte Ansprüche gegen den Schädiger.

b) Erklärung über Schädigungsfolgen:

Nach Abschluss des Heilverfahrens hat der Verletzte gegenüber dem KVBW zu erklären, ob Schädigungsfolgen zurückgeblieben sind und ggf. worin sie bestehen. Die Erhebung einer ärztlichen Schlussbeurteilung bleibt vorbehalten.

c) Hinweis:

Aufgrund des § 62 LBeamtVG ist der Verletzte zu den Angaben nach 1. - 4. verpflichtet. Bei Nicht-Beantwortung kann über eine zu gewährende Leistung u. U. nicht entschieden werden. Dies gilt nicht für die mit * gekennzeichneten freiwilligen Angaben, die zur schnelleren Bearbeitung beitragen können.

Die Richtigkeit der vorstehenden Angaben wird bestätigt:

Datum _____ Unterschrift des Verletzten _____

_____ Unterschrift des Dienstvorgesetzten des Verletzten _____

6. Ergebnis der Unfalluntersuchung und Entscheidung der obersten Dienstbehörde nach § 62 Abs. 3 LBeamtVG

a) Der Unfall wird als Dienstunfall i. S. d. § 45 LBeamtVG anerkannt. *Hinweis: z.B. in Gemeinden der Bürgermeister; bei Bürgermeistern und Landräten jedoch die Rechtsaufsichtsbehörde

ja nein

b) Der Verletzte hat den Dienstunfall vorsätzlich herbeigeführt.

ja nein

Datum _____ Unterschrift der obersten Dienstbehörde _____

Anlagen